



Der Haushaltsansatz 2016 für den Betriebskostenzuschuss (bisher: 2.866.210 Euro) wurde auf dem Niveau 2015 (2.788.960 Euro) eingefroren.

Das Projekt „Ganz Karlsruhe auf einem Schiff“ (bisher: 100.000 Euro ab 2015) wurde komplett gestrichen.

Der Haushaltsansatz 2016 für das Projekt „Auslandsmarktbearbeitung“ (bisher: 89.500 Euro) wurde auf dem Niveau 2015 (59.000 Euro) eingefroren.

Über das Projekt „Landesweite Kampagne 2016“ soll in 2015 erneut beraten werden; der im Verwaltungsentwurf zum städtischen Doppelhaushalt 2015/2016 für 2016 vorgesehene Ansatz (100.000 Euro) wird daher zunächst nach 2017 verschoben. Somit wird mithin in Summe das Haushaltsjahr 2016 um 307.750 Euro beziehungsweise 9,6 Prozent entlastet.

Eine globale Einsparung des Betriebskostenzuschusses um 20 Prozent bedeutet eine Senkung der Mittel um 573.000 Euro. Eine solche Einsparung bringt das touristische Marketing zum Erliegen. Auch eine Erhöhung der Einnahmen in einer Gesellschaft, deren Einnahmeerzielungsmöglichkeiten eher beschränkt sind, ist in einer solchen Höhe auszuschließen.

Touristisches Marketing ist geprägt von langen Vorlaufzeiten und gegenseitigem Vertrauen der Akteure. Im Auslandsmarketing werden die Maßnahmen mit den Partnern Deutsche Zentrale für Touristik (DZT), Tourismus Baden-Württemberg (TMBW) und Schwarzwald Tourismus GmbH (STG) durchgeführt. Das Streichen von Mitteln, die schon seit Jahren zu steigenden Besucherzahlen führen, konterkariert alle Anstrengungen der letzten Jahre. Von einem Vertrauensverlust bei den Partnern der KTG ganz zu schweigen.

Es wird vorgeschlagen, den Wirtschaftsplan 2016 im Hauptausschuss gemeinsam mit KEG und KMK sowie Stadtmarketing beschließen zu lassen. Dabei sollen die Geschäftsführer von KTG, KEG und KMK gemeinsam Wege aufzeigen, wie der seit Ausgründungsbeschluss erhöhte Zuschussbedarf auf seine Ausgangsbasis zurückgeführt werden kann.

Die Verwaltung empfiehlt daher, die beantragten weitergehenden Mittelreduzierungen und Projektstreichungen abzulehnen. Aufgrund der 1. Veränderungsliste ist ein Sperrvermerk, wie von der SPD beantragt, hinfällig.